

Sicherheitspolitische Kommission erkennt Zeichen der Zeit nicht

Der Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, die BDP-Motion «Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten» zur Ablehnung zu empfehlen, ist bedauerlich und zeigt, dass die Kommission die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat.

Die Kommission beweist mit diesem Schritt, dass sie die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht ernst nimmt – haben doch mittlerweile schon 100'000 Menschen die Korrektur-Initiative unterzeichnet. Die Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass sie einer Lockerung der Bestimmungen für Kriegsmaterialexporte äusserst kritisch gegenübersteht.

Die Rahmenbedingungen für Kriegsmaterialexporte brauchen eine breite demokratische Abstützung. Die BDP-Motion verlangt, dass die Verantwortung dafür künftig beim Parlament, also den gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter, liegt. Der Souverän hätte zusätzlich die Möglichkeit des Referendums.

Es bleibt abzuwarten, ob der Ständerat seiner Kommission im März folgen und die Motion ablehnen wird.

Auskunft:

Nationalrat Martin Landolt, 079 620 08 51

12.02.2019